Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 57 (1977-1978)
Heft: 3

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

PRÄSIDENT CARTERS ENERGIEPOLITIK

Am 20. April 1977 hat Präsident Carter vor dem Kongress der Vereinigten Staaten seine lange im voraus angekündigte Energiepolitik vorgetragen[1]. Eine ausführliche Mitteilung mit dem Titel «Fact Sheet» wurde vom Stab des Weissen Hauses am 21. April veröffentlicht[2].

Ich versuche im folgenden eine Bewertung der wesentlichen Massnahmen vorzunehmen. Die Energiebotschaft des amerikanischen Präsidenten enthält bereits eine Fülle von Einzelheiten, ich muss mich deshalb, um den Überblick zu wahren, auf die wichtigsten Punkte beschränken und ordne nach den Problemkreisen: Sparmassnahmen, Naturgas und Erdöl, Kohle, Kernenergie, Sonnenenergie. Dabei resümiere ich jeweils die wichtigsten Massnahmen und versuche anschliessend einen Kommentar.

1. Sparmassnahmen

«The cornerstone of our policy is to reduce demand through conservation.»

Carter verlangt ernstgemeinte Sparmassnahmen. Im einzelnen schlägt er folgendes vor:

— Es werden steuerliche Begünstigungen für Treibstoff sparende und Strafsteuern für Treibstoff verschwendende Fahrzeuge vorgesehen, daneben eine allgemeine Geschwindigkeitsbeschränkung. Der Gesamtbenzinverbrauch soll jährliche Zielwerte nicht überschreiten; wenn die Sparziele nicht erreicht werden, sollen ab 1979 gegebenenfalls deutlich spürbare Benzinsteuern erhoben werden.

— Es soll ein Wärmeisolations- und Energiesparprogramm für bestehende Bauten durch Steuergutschriften für entsprechende Investitionen ausgelöst werden. Für Neubauten sind Minimal-Wärmeisolationen obligatorisch.

— Es werden obligatorische Vorschriften für den Wirkungsgrad von Heizungs- und Klimaanlagen sowie anderen Geräten angekündigt.

— Steuergutschriften sollen Investitionen zur Verminderung des Energieverbrauches bestehender Industrieanlagen auslösen.

— Zur Erhöhung des Wirkungsgrades der Elektrizitäts- und Wärmeerzeugungsanlagen sollen kombinierte Anlagen zur gleichzeitigen Erzeugung von elektrischer Energie und Prozess- beziehungsweise Heizwärme (Wärme-Kraft-Kopplung) gefördert werden. Das Programm befürwortet Fernheizungssysteme.

— Die bisher üblichen verbrauchsfördernden Tarife für elektrische Energie und Naturgas sollen abgeschafft und durch verbrauchshemmende Tarife ersetzt werden.

— Eine geeignete Preis- und Steuerpolitik für Naturgas und Erdöl soll deren sparsameren Verbrauch fördern.

Diese Massnahmen bedürfen meines Erachtens keines längeren Kommentars; sie sind richtig. Gesparte Energie ist umweltfreundlich und, mindestens à la longue, billige Energie. Es wird interessant sein zu beobachten, ob es Carter gelingen wird, seine Landsleute von der Wünschbarkeit kleiner und mittelgrosser Automobile zu überzeugen. Man erinnert sich, dass vor Jahren der «compact car» schon einmal en vogue war, aber bald wieder verschwand. Die Crux liegt doch darin, dass in den USA nicht nur zu grosse Automobile benützt werden, sondern ausserdem noch in den Bevölkerungszentren brauchbare Verkehrssysteme fehlen. Von einem Programm zur Verwirklichung suburbaner Massenverkehrssysteme steht aber auch nicht eine Andeutung in Carters Energiebotschaft; das ist meines Erachtens ein gravierender Mangel.

2. Naturgas und Erdöl

«Oil and natural gas are priced domestically below their replacement costs; as a result the nation uses them wastefully.»

Schonender Umgang mit den Naturgas- und Erdölvorräten soll nicht nur durch steuerliche Begünstigung des Sparens und des Umstellens auf Kohle erreicht werden, sondern durch Aufrechterhaltung der Preiskontrolle durch den Bund.

Hier wird im wesentlichen vorgesehen:

— Den Rohölpreis nicht freizugeben, sondern durch Erhebung neuer Steuern in einigen Schritten an den Weltmarktpreis anzugleichen. Nur für neu gefundenes inländisches Rohöl darf der Produzent in Schritten den Weltmarktpreis erreichen, ohne dass Steuern erhoben werden.
— Für neu gefundenes Naturgas wird ein landesweit einheitlicher Preis vorgeschrieben, der aber nur etwa 20 Prozent über dem heutigen liegen soll.
— Um für die Administration zuverlässige Information als Entscheidungsgrundlage zu schaffen, werden die Fördergesellschaften ihre gesamten internen Daten in ein zentrales «Management Information System» einspeisen müssen.
— Die Strategic Petroleum Reserve soll für eine Dauer von zehn (bisher fünf) Monaten ausgelegt werden.

Man gewinnt den Eindruck, dass mit diesen Massnahmen viel Etatismus, aber nicht viel Anreiz für die Suche nach neuen Quellen gegeben wird. Es würde nicht schlecht ins Bild passen, wenn Carter solche Anreize gar nicht geben wollte, sondern weitere Quellen, wenn es sie gäbe, im Boden ruhen lassen möchte.

3. Nutzung der Kohle

«We must conserve the fuels that are scarcest and make the most of those that are plentiful.»

Der Zufall will es, dass in den USA und in der Sowjetunion die grössten bekannten Kohlenvorräte liegen. Carter setzt zum Ziel, auf die Nutzung der amerikanischen Kohlelager umzustellen, um die Naturgas- und Erdölvorräte zu schonen.

Hierzu sind folgende Massnahmen vorgesehen:

— Es sollen Steuern auf den Verbrauch von Naturgas und Erdöl erhoben werden, und zwar für industrielle Verbraucher ab 1979; für Kraftwerke, welche diese Brennstoffe zur Erzeugung elektrischer Energie verwenden, erst ab 1983, weil die Umrüstung auf Kohle länger dauert.
— In neu errichteten Anlagen darf Naturgas oder Erdöl überhaupt nicht mehr verwendet werden; bestehende Kohleverbrennungsanlagen auf Gas oder Öl umzurüsten, ist verboten.
— Es wird die Erweiterung der Forschungsprojekte auf dem Gebiet der Kohlenutzung vorgesehen, und zwar mit zwei Hauptstossrichtungen:
  — Umweltschutz: Die Nutzung der Kohle ist mit der Emission von Abgasen (Schwefeldioxyd, Kohlendioxyd, Rauch) verknüpft, der Abbau von Kohle im Tagebau wirkt landschaftszerstörend.
  — Technologie: Der technische Stand der Verfahren zur Verflüssigung und Vergasung von Kohle sowie zur Herstellung schwefelfreier Brennstoffe und zur Entschwefelung von Abgasen entspricht nicht dem Stande der übrigen heutigen modernen Technik. Ähnliches gilt für die Abbautechnik.
— Quantitativ soll der Kohleverbrauch bis 1985 um 65 Prozent gesteigert werden.

Diese Zielsetzung ist ohne Zweifel richtig; sie ist aber auch ambitiös und muss, wenn sie wirklich durchgeführt wird, einen wesentlichen technischen Entwicklungsschub auslösen.

Man darf die zu leistende Arbeit nicht unterschätzen: Die Technologie zur Verflüssigung oder Vergasung der Kohle ist seit dem Zweiten Weltkrieg in der Periode der leichten Erhältlichkeit billigen Erdöls nicht weiterentwikkelt worden. Die Herstellung grosser Mengen schwefelfreier synthetischer Brennstoffe und ebenso die Entschwefelung der Abgase ist noch in den Anfängen. Veraltet sind aber auch die bergmännischen und die Transportmethoden. Man denke an die darniederliegenden Kohlereviere in Pennsylvania oder an die mühsamen Anstrengungen der Bundesrepublik Deutschland, den Kohlebergbau am Leben zu erhalten; unter solchen Umständen entwickeln sich keine hochmodernen Techniken. Der Weg zurück zur Technik der dreissiger Jahre ist nicht möglich – aber der Faden der technischen Entwicklung muss beim Stande von vor dem Zweiten Weltkrieg aufgenommen werden, und es muss in wenigen Jahren die Kohletechnik der achtziger Jahre entwickelt werden. Das Ziel heisst: Moderne Abbaumethoden unter und über Tage, Landschaftsrestauration beim Tagebau, Erzeugung schwefelfreier synthetischer Brennstoffe in grossen Mengen, bei tief liegenden Kohlevorkommen womöglich unter Tage in situ, umweltgerechte Lösung der gewaltigen Transportaufgaben.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn grosse Mittel bereitgestellt und zielgerecht eingesetzt werden. Ich bezweifle, ob das geplant ist: Carter verspricht ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm «conducted with the urgency required to insure that the new technology will be ready when needed». Nun – das tönt merkwürdig zögernd. 1961 versprach Kennedy «to land a man on the moon and return him safely to earth before the decade

is out[3]». Ich hätte solche Sprache erwartet. Ob Carter sein Ziel mit Verboten, Vorschriften und Lenkungssteuern erreicht, oder ob mehr als das erforderlich ist, wird abzuwarten sein.

4. Kernenergie

«We are deeply committed to halting the proliferation of nuclear weapons to the nations of the world[4].»

Was schon seit geraumer Zeit bekannt war, wird in der Energiebotschaft bestätigt: Carter will die nukleare Energiepolitik seiner nuklearen Waffenpolitik unterordnen; auf die Erzeugung von elektrischer Energie mit Kernreaktoren heutiger Bauart soll aber dabei nicht verzichtet werden.

Im einzelnen ist folgendes vorgesehen:

— Um den Zugriff auf Plutonium, welches bekanntlich zur Waffenherstellung verwendet werden kann, zu verhindern, soll auf die chemische Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen auf unbestimmte Zeit (indefinitely) verzichtet werden; damit entfällt mittelfristig die Rezirkulation von unverbrauchtem Uran und erbrütetem Plutonium im Brennstoffzyklus der heutigen Kernreaktoren.
— Die Entwicklung des Schnellen (natrium-gekühlten) Plutonium-Brüters soll abgebrochen werden.
— Die USA erklären ausdrücklich die Bereitschaft zur Lieferung von angereichertem Uran an andere Nationen. Vorgesehen ist:
  — Die Wiederaufnahme der Annahme von Bestellungsverträgen;
  — der Ausbau der bestehenden Anlagen zur Anreicherung von Uran;
  — die gesetzliche Garantie des Verkaufs von angereichertem Uran an Kundenländer, welche die Politik der Nichtverbreitung von Kernwaffen befolgen;
  — verstärkte Exploration nach Uran und Thorium.
— Für Leichtwasserreaktoren heutiger Bauart wird eine Verstärkung der staatlichen Aufsicht vorgesehen, aber gleichzeitig eine Verbesserung und Beschleunigung des heute unbefriedigenden Genehmigungsverfahrens; insbesondere für Anlagen, die auf standardisierten Konstruktionen beruhen, soll das Verfahren vereinfacht werden.
— Forschungsprojekte zur Entwicklung anderer Brennstoffsysteme (zum Beispiel Thorium-Uran-Zyklen, Hochtemperaturreaktoren) sollen gefördert werden. (Was effektiv gemeint ist, bleibt unklar).

Die Zielsetzung ist hier offensichtlich einerseits sehr deutlich die Weiterführung der Nutzung der heutigen Technik (Leichtwasserreaktoren mit leicht angereichertem Uran). Die Zielsetzung aber in bezug auf die Plutoniumtechnologie ist vorbehaltlos negativ: Diese Technik soll in den USA nicht entwickelt werden, sie soll in anderen Ländern, soweit möglich, durch Ansetzen von politischem Druck behindert werden.

Ist diese Politik richtig?

Erstens: Was die weitere Nutzung der heutigen Leichtwasserreaktortechnik betrifft, ist sie ohne Zweifel logisch und richtig: Man kann nicht auf eine bewährte Technik, ohne fossile Brennstoffe Elektrizität zu erzeugen, verzichten und gleichzeitig Schonung der Gas- und Erdölvorräte predigen.

Zweitens: Was die Ächtung der Plutoniumtechnik betrifft, ist Carters Politik, soweit sie gegen die Verbreitung der Kernwaffentechnik geht, im Prinzip zu unterstützen. Ob er aber mit den vorgesehenen Massnahmen erreicht, was er will, oder gerade das Gegenteil, ist zweifelhaft. Viele Länder (zum Beispiel Frankreich, England, die Bundesrepublik Deutschland, Brasilien, Japan) werden sich nicht zum Verzicht auf die Plutoniumtechnik bereitfinden; sie haben zum Teil keine eigenen Uranvorräte und wollen sich deshalb auch mittelfristig den Verzicht auf etwa 95 Prozent des Energieinhalts der Kernbrennstoffe nicht leisten. Ausserdem scheint ihnen die Wiederaufbereitung abgebrannter Brennstoffelemente und nicht ihre langdauernde Lagerung die richtige Lösung für das Problem der radioaktiven Rückstände. Sie werden durch politischen Druck und Bevormundung aus Washington wahrscheinlich nicht gefügig, sondern widerspenstig und in ihrem Unabhängigkeitsdrang bestärkt werden. Ich fürchte, dass Carters Politik in diesen Ländern die Entwicklung der Plutoniumtechnik fördert, statt sie zu behindern, ausserdem glaube ich, dass diese Länder nunmehr, um völlig unabhängig von den USA zu werden, mit Nachdruck selbst noch Anlagen zur Anreicherung von Uran erstellen werden. Die Technik ist ihnen weitgehend bekannt. Noch bis vor einiger Zeit war ein Eckpfeiler atlantischer Politik, zu verhindern, dass Deutschland eine Atommacht würde. In wenigen Jahren wird die Bundesrepublick die technischen Voraussetzungen geschaffen haben, die ihr den Eintritt in den Klub der Kernwaffenmächte ermöglichen könnten; Carter wird den Prozess beschleunigt haben. Auch in der Dritten Welt erheben sich schon Stimmen, die eine vom Westen unabhängige Nuklearindustrie verlangen. Ist das erstrebenswert? Wohl kaum.

Dass im übrigen auch Schwerwasserreaktoren, die kein aus den USA stammendes angereichertes Uran erfordern, Plutonium erzeugen und damit die Bombenherstellung gestatten, hat Indien bewiesen. Ausserdem fehlt in Carters Garantiekatalog das Versprechen und die Forderung, ausgebrannte Brennstoffelemente zurückzunehmen beziehungsweise zurückzuerhalten, so dass die letzte Kontrolle über den Verbleib des Putoniums den USA sowieso entgeht.

Drittens: Es ist fraglich, ob es richtig ist, auf etwa 95 Prozent des Energieinhalts der Kernbrennstoffe – wenigstens mittelfristig – zu verzichten [5], wenn man in der gleichen Botschaft äusserste Sparsamkeit mit Vorräten stipuliert. Natürlich ist theoretisch später ein Rückgriff möglich, falls die unverarbeiteten Brennstoffelemente inzwischen sachgemäss gelagert werden.

Viertens: Es wird ein Concorde-Effekt eintreten: So wie England und Frankreich heute Überschall-Verkehrsflugzeuge (ich halte solche allerdings für überflüssig) entwickelt haben und die USA nicht, weil sie ausdrücklich darauf verzichtet haben, so werden in zehn Jahren Frankreich, England, die Bundesrepublik Deutschland, Japan (und Russland) die Technik der Schnellen Plutonium-Brüter beherrschen und die USA nicht. Ist das für Amerika wünschbar? Meines Erachtens nicht. Der technologische Rückstand der USA wird auf dem Brütergebiet noch gewichtiger sein; bei der Flugtechnik kann immer noch auf das militärische Know-how zurückgegriffen werden.

Die Vermutung, Carters Plutonium-Politik werde die ihm zur Verfügung stehenden ein oder zwei Amtsdauern nicht überleben oder sogar noch von ihm selbst verwässert werden, liegt auf der Hand. Was nicht heisst, dass seine Anti-Kernwaffenpolitik nicht unsere volle Sympathie haben sollte; man kann auch wohlwollend skeptisch sein.

Was die Zusammenarbeit mit den USA auf dem Gebiet der Reaktortechnik betrifft, so wird sie schwierig sein. Man wird sich, auch bei uns, zu einigem bequemen müssen, bevor die USA die gewünschten Exportbewilligungen erteilen. Jemand schrieb kürzlich, man verhandle nicht über Technologie, sondern über «Southern Baptist moralism».

5. Sonnenenergie

«Our strategy is to develop permanent and reliable new energy sources. The most promising, of course, is solar energy.»

Carter schlägt vor, 2,5 Millionen Häuser amerikanischer Familien bis 1985 mit Sonnenenergieanlagen auszurüsten. Er stellt fest, dass ein wesentlicher Teil der für solche Kleinanlagen nötigen Technologie bereits vorhanden ist.

Ich glaube, Carter hat recht. Zwar sind Kleinanlagen zur Nutzung von Sonnenenergie für Einfamilienhäuser (Carter denkt offensichtlich an solche) heute noch unvollkommen und teuer. Aber es gibt sie, und ein grosser Förderungseffort könnte gerade die Schwächen der heutigen Technik beheben. Wenn die Nachfrage angekurbelt wird, wird die Technik entwickelt, weil es sich lohnt, und Wettbewerb und Massenfabrikation werden die Preise herunterbringen.

Es werden zur Förderung der Installationswilligkeit bei der Bevölkerung Steuergutschriften in Aussicht gestellt, die anfänglich ab 1977 bis zu 2000 Dollar pro Anlage betragen und bis 1984 kleiner werden. Man sieht, die Aktion soll rasch angekurbelt werden.

Könnte es Carter gelingen, den Kleinwagen vor dem Hause und die Sonnenkollektoren im Garten zum Statussymbol zu machen? Er will mit gutem Beispiel vorangehen und ein dreijähriges, exemplarisches Sonnenenergieprogramm für Bundesliegenschaften lancieren. Man wird wohl bald lesen, dass Carters Rasierwasser im Weissen Haus mit Sonnenenergie erwärmt werde.

*

Es imponiert, dass es Carter nach den ersten drei Monaten seiner Amtstätigkeit gelungen ist, ein Gesamtenergiekonzept vorzulegen. Die Schweiz[6] braucht zur Erarbeitung eines solchen drei Jahre; diese Feststellung ist kein Vorwurf an die entsprechende Kommission oder gar ihren Präsidenten. Unser Konzept politischer Willensbildung erfordert Zeit. Man realisiert nur wieder einmal, dass der amerikanische Präsident noch immer, trotz allem Vergangenen, eine eindrückliche Durchschlagskraft hat, wenn er sich etwas in den Kopf setzt, sich persönlich engagiert und – wiedergewählt werden will.

*

Ich schliesse diesen Kommentar mit einem Zitat aus der Rede Carters, welches das Ziel zusammengefasst vorstellt:

«Two nights ago, I spoke to the American people about the principles behind our plan and our goals for 1985:

— To reduce the annual growth rate in our energy demand to less than 2 percent.
— To reduce gasoline consumption by 10 percent.
— To cut imports of foreign oil to less than 6 million barrels a day, less than half the amount that we will be importing if we did not conserve.
— To establish a strategic petroleum reserve supply of at least one billion barrels which will meet our needs for about ten months.
— To increase our coal production by more than two-thirds, to over one billion tons a year.
— To insulate 90 percent of American homes and all new buildings, and
— to use solar energy in more than two and a half million American homes.

I hope that the Congress will adopt these goals.»

Das ist sehr ehrgeizig. Und wenn man auch einzelnen Punkten gegenüber kritisch bleibt, so bleibt insgesamt nach der Lektüre des vorliegenden Materials doch ein positiver Eindruck. Eine moderne Energiepolitik ist «des Schweisses der Edlen wert[7]».

Heinz Albers

[1] Transcript of President Carter's speech on energy policy, New York Times, April 21, 1977. – [2] Fact sheet on the President's energy program, New York Times, April 21, 1977. – [3] J. F. Kennedy, Special State of the Union Message, May 1961. – [4] Transcript of President Carter's Address, United Nations, March 17, 1977, New York Times, March 18, 1977. – [5] In den USA lagern schon heute Vorräte an Uran 238, deren Energieinhalt über die Umwandlung in Plutonium in Brüterreaktoren mehr elektrische Energie erzeugen könnte als alle bekannten Erdölvorräte im Mittleren Osten. – [6] Die bisher veröffentlichten Vorergebnisse der Kommission Kohn zeigen viel Gemeinsames mit Carters Botschaft. Wir werden darauf zu gegebener Zeit zurückkommen. – [7] Klopstock, Ode an den Zürichsee.

CASTROS SPIELRAUM

Geschichte einer Abhängigkeit

Der neue amerikanische Präsident *Carter* hat mit seinen zum Teil sehr spontanen Erklärungen zu aussenpolitischen Belangen bereits in mehreren Regionen der Welt Aufsehen, Verwirrung und Positionskorrekturen ausgelöst. Verschiedene lateinamerikanische Regierungen nehmen ihm seine Interventionen zugunsten einer Einhaltung der Menschenrechte nicht nur übel, einige von ihnen (Argentinien, Brasilien, El Salvador, Guatemala und Uruguay) haben als Reaktion auf die entsprechenden Berichte des Staatsdepartementes in Washington mit der Zurückweisung amerikanischer Militärhilfe geantwortet. Als besonders spektakulär aber mögen verschiedenenorts Erklärungen der neuen Administra-

tion und auch Carters selbst empfunden worden sein, laut denen die USA unter gewissen Bedingungen bereit sein könnten, ihr *Verhältnis zu Kuba* zu normalisieren, was vor allem für die Zuckerinsel, aber auch für die Grossmacht von grosser wirtschaftlicher Bedeutung sein könnte. Kubas Führer Fidel Castro hat denn auch vorsichtig zustimmend auf die Avancen Washingtons geantwortet, Carter als einen Mann gelobt, dem man vertrauen könne, aber vorläufig keine Anstalten gemacht, auf die Hauptbedingung einzugehen, von der Carter allem Anschein nach ein Einlenken abhängig machen will, den Rückzug der kubanischen Truppen aus Angola.

Castros afrikanischer Traum

Heute stehen schätzungsweise noch rund 15000 Soldaten, Techniker und Berater der «*Revolutionären Streitkräfte*» Castros in Angola. Im November 1975 hatte die Welt erstmals von ihrem Einsatz in Afrika vernommen, und es ist seither viel über sie und Castros Absichten mit ihnen spekuliert worden. Aufgrund der heutigen Informationslage lassen sich drei mögliche Gründe für das Angola-Abenteuer erkennen; wahrscheinlich haben alle drei zusammengespielt beim Entscheid des Líder máximo, seinem politischen Freund *Agostinho Neto*, dem Chef der «*Volksbewegung für die Befreiung Angolas*» (MPLA), zu Hilfe zu eilen und ihn als Staatschef der unabhängig gewordenen ehemaligen portugiesischen Überseeprovinz zu installieren. Eines steht dabei über allem Zweifel: Die Entsendung der kubanischen Kontingente wäre ohne die *Zustimmung der Sowjetunion* nicht möglich gewesen. Westliche Interpretatoren sind immer wieder von der immensen Verschuldung der karibischen Insel gegenüber Moskau ausgegangen; sie wird heute auf an die sechs Milliarden Dollar geschätzt. Durch eine Intervention im Namen oder mindestens zum Nutzen der kommunistischen Weltmacht, der selbst die Hände gebunden waren, wollte sie nicht eine Konfrontation mit den Vereinigten Staaten riskieren, konnte Castro sein Moskauer Konto zum Teil ausgleichen. Überdies ist klar, dass Kuba ein militärisches Unternehmen solchen Ausmasses und bei den zu bewältigenden Transportwegen nicht allein hätte bewerkstelligen können; Waffen und später auch Nachschub für die karibische Streitmacht sind auf dem Luft- und dem Seeweg direkt aus der Sowjetunion nach Angola gelangt. Grund eins also für den Angola-Einsatz: Wenn nicht Befehl aus Moskau, was durchaus nicht ausgeschlossen werden darf, dann doch sowjetische Zustimmung und Hilfeleistung.

Eine *zweite Verpflichtung* könnte der kubanische Caudillo auch direkt Neto und seinem MPLA gegenüber gefühlt haben. Schon lange vor der entscheidenden Schlacht um die Unabhängigkeit Angolas hatten freundschaftliche Beziehungen zwischen Havanna und dem MPLA bestanden; ihre Anfänge lassen sich bis Mitte der sechziger Jahre zurückverfolgen. Es gibt in der Gedankenwelt Castros so etwas wie einen afrikanischen Traum. Beträchtliche Teile der Inselbevölkerung haben *afrikanische Ahnen* vorzuweisen, sind – wie viele Bürger karibischer Länder – Nachkommen schwarzer Sklaven. Die kubanische Revolution hat Wesentliches zur Gleichstellung der vorher eher benachteiligten Schwarzen und Farbigen ge-

leistet, und Castro bezeichnet sein Reich gerne als «latinoafrikanische Nation» – vielleicht ursprünglich auch eine Reaktion auf seine Ausstossung aus der «Organisation Amerikanischer Staaten» (OAS). Jedenfalls gab es schon bald nach dem Sieg der «comandantes» aus der Sierra Maestra Beziehungen zu «revolutionären» Staaten und Bewegungen in Afrika. «*Ché*» *Guevara* verfolgte im Jahre 1965 eine Zeitlang Revolutionspläne im ehemaligen belgischen Kongo, bevor er sich dann in sein Bolivien-Abenteuer stürzte. Kongo-Brazzaville und Guinea erhielten wirtschaftliche Hilfe von Kuba. Auf diesem Hintergrund ist dem Engagement in Angola eine gewisse Logik nicht abzusprechen.

Drittens schliesslich muss der afrikanische Einsatz im Kontext der zeitweise etwas aus dem Blickfeld der Kuba-Beobachtung geratenen *Befreiungs-Ideologie* gesehen werden. Von allem Anfang an war der kubanischen Revolution ein ungehemmter Drang zur Ausbreitung ihrer Ideen und Ziele eigen, gab es gleichsam einen missionarischen Auftrag. Schon bald nach 1959 schwärmten Guerilla-Kämpfer von der Zuckerinsel auf den südamerikanischen Kontinent aus, konnten alle möglichen politischen Terrororganisationen in Guatemala oder Venezuela, in Kolumbien und Peru auf kubanische Waffenlieferungen und Ausbildungshilfe zählen. Ideologische Verblendung, Überschätzung der eigenen Mittel und krasse Missachtung der zunehmend von den Vereinigten Staaten gelenkten Reaktionen der Gegenseite führten zu einem *Desaster* des Revolutionsexports. Zusätzlich wurde die Koexistenzpolitik des Hauptgeldgebers empfindlich gestört, was harsche Interventionen Moskaus zur Folge hatte, die um ein Haar Fidel Castro den Kopf gekostet hätten. Es sind heute schwerwiegende Indizien bekannt, die darauf hinweisen, dass die Sowjetunion vor 1968 einiges unternommen hat, um den ungebärdigen, so ganz und gar kommunistischer Dogmatik abholden Caudillo durch leichter lenkbare Männer zu ersetzen; Fidels Bruder Raúl, der Minister für die Streitkräfte, stand dabei im Vordergrund. Obwohl heute von einer gewissen «Domestizierung» von Castros revolutionärem Urtemperament gesprochen werden kann und obgleich die in ihrem ursprünglichen Aufbau eher an chinesische Vorbilder gemahnenden politischen und gesellschaftlichen Strukturen Kubas einen Institutionalisierungsprozess sowjetischer Prägung durchlaufen haben, ist der castristische Missionseifer nicht tot. Rhetorische und materielle Unterstützung für puertoricanische Unabhängigkeitsbewegungen beweist es im Kleinen, und der Angola-Feldzug könnte aus ähnlich motivierten Gedankenspielen geboren worden sein.

Von der Guerilla zur Guerilla-Bekämpfung

Die Suche nach den Motiven für den Einsatz kubanischer Truppen im südwestafrikanischen Land führt zur Schlussfolgerung, dass ein *günstiges Zusammenfallen von Interessen* Moskaus und Havannas vorgelegen hat. Von wo der definitive Anstoss ausgegangen ist, lässt sich vorläufig nicht und vielleicht nie mit letzter Klarheit nachweisen. Vergleicht man allerdings Kosten und Nutzen der sich unterdessen zu einer Langzeitoperation ausgewachsenen Hilfsaktion, so fallen denn doch gewisse Ein-

seitigkeiten auf. Für Breschnew bedeutet der nur mit kubanischen Soldaten möglich gewordene Sieg Netos und des MPLA (mindestens vorläufig noch) einen eindeutigen welt- und afrikapolitischen Prestigegewinn, bei dem erst noch für die sowjetische Marine Stützpunkte auf der Westseite des schwarzen Kontinents und damit am Atlantik und der für die Versorgung Westeuropas wie der USA ausserordentlich wichtigen Kaproute abgefallen sind. (Zukünftige Schwierigkeiten mögen sich für Moskau dereinst aus ohne weiteres denkbaren Abweichungen Netos von der im Kreml verfochtenen sozialistischen Linie ergeben.) Auch Castros Ansehen im Ostblock und einigen diesem verpflichteten Ländern der Dritten Welt ist gewiss gestiegen; ob ihn das aber über die heute in Angola anfallenden Probleme und ihre Rückwirkungen auf Kuba selbst hinwegzutrösten vermag, ist eher zweifelhaft.

Kubas Wirtschaft, die nach wie vor zu etwa 80 Prozent von der Zuckerproduktion abhängt, hatte *1976 ein schlechtes Jahr*. Anhaltende Trockenheit verursachte bedeutende Ernteverluste beim Hauptprodukt, was zu so schwerwiegenden Devisenengpässen führte, dass die in den letzten Jahren nach und nach aufgehobene Rationierung von einigen Grundnahrungsmitteln wieder eingeführt werden musste. Um so spürbarer müssen deshalb auch die Kosten für das Angola-Korps den Staatshaushalt belasten. Die kubanischen Expeditionskommandanten haben aber auch erfahren müssen, dass zwar der Sieg über die Scharen der MPLA-Gegner Savimbi (Unita) und Holden Roberto (FNLA) einigermassen leicht zu erringen war, seine Konsolidierung aber ungeahnte Schwierigkeiten macht. Die Lage in Angola stellt sich heute (aufgrund der erhältlichen, bruchstückhaften Informationen) etwa so dar, dass zwar Netos Truppen und die Kubaner Städte und grössere Ortschaften zu kontrollieren vermögen, Savimbis Unita hingegen mit Guerilla-Aktionen die ländlichen und unwegsamen Gebiete einiger südlicher Provinzen beträchtlich unsicher machen und vielleicht sogar in der Hand haben. Lebenswichtige Transportadern, wie beispielsweise die Benguela-Eisenbahn, werden immer wieder durch Terroranschläge unpassierbar gemacht. In westlichen und südafrikanischen Geheimdienstkreisen ist auch die Rede von Unzufriedenheit unter den Besatzungstruppen, sogar von einzelnen Desertionen von Kubanern, die Anschluss bei der Unita gesucht haben sollen. Verstrickt sich Kubas Streitmacht, die sich von einer höchst eigenwillig strukturierten «proletarischen Bürgerwehr» der ersten Revolutionsjahre zu einer konventionellen, wieder hierarchisch organisierten Armee durchgemausert hat, am Ende in ein *vietnamähnliches* Abenteuer, in dem Reputation und Moral in Scharmützeln mit ungreifbaren, nach der Attacke wieder im Busch verschwindenden Kleinkriegern unwiderruflich Schaden leiden? Was geht wohl im Kopf eines einfachen Soldaten vor, der im politischen Schulungskurs die Geschichte der Sierra Maestra studiert hat und der nun plötzlich selbst eine Guerillabewegung bekämpfen muss?

Bewältigte und unbewältigte Krisen

Die Frage lässt sich jedoch noch viel weiter fassen: Wie sehr hat sich die ku-

banische Revolution von ihren Ursprüngen wegentwickelt, dass sie sich in Angola in eine so paradoxe Zwangslage begeben konnte? Das Paradox löst sich relativ einfach mit der Feststellung, dass Kuba heute kein revolutionärer, sondern ein allseits *institutionalisierter Staat* sei. Diese Behauptung muss allerdings erklärt werden, was einen Rückblick auf die Vorgänge im castristischen Kuba voraussetzt. Wenn man davon ausgeht, dass jede Revolution das Ergebnis einer krisenhaften Zuspitzung der Verhältnisse in einem bestimmten Staat ist, muss sich der Erfolg einer Revolution logischerweise am Grad der Bewältigung des Krisensyndroms messen lassen. Für Kuba bietet sich in vereinfachenden Zügen folgendes Bild:

1. Die Revolution hat die unter Batista herrschende *Penetrationskrise* gelöst, das heisst: Der heutige kubanische Staat erreicht und kontrolliert mittels politischer, verwaltungstechnischer und wirtschaftlicher Infrastruktur das ihm zur Verfügung stehende geographische Gebiet.
2. Die Revolution hat die unter Batista herrschende *Distributionskrise* gelöst, das heisst: sie hat die grossen Gegensätze in den Besitzverhältnissen ausgeglichen. Alle Kubaner haben heute in mehr oder weniger gleichem Masse Anteil am nationalen Einkommen und am nationalen Vermögen, sie haben Nahrung, Wohnung, Arbeit, medizinische Versorgung, Schule, Mittel der Freizeitgestaltung. Es haben sich zwar neue Eliten ausgebildet (Militär, Sicherheitspolizei, Politiker usw.), aber sie fallen statistisch und im Bewusstsein des Durchschnittsbürgers verglichen mit den vorrevolutionären Zuständen noch nicht entscheidend ins Gewicht.
3. Vor allem aus dem einigermassen gelösten Verteilungsproblem folgt die Bewältigung der *Identitätskrise*. Die überwiegende Zahl der Kubaner fühlen sich heute als Angehörige *dieses* kubanischen Staates, fühlen sich mehr oder weniger mit seiner Führung und seinen Zielen verbunden.
4. Ob die unter Batista herrschende *Legitimitätskrise* gelöst worden ist, lässt sich – mindestens nach westlich-demokratischem Verständnis – weniger eindeutig bestimmen, da es weder Wahlen noch Abstimmungen gibt. Allgemein wird von den meisten Beobachtern, teilweise sogar von Kritikern des Regimes vermutet, dass Castro das Vertrauen der Mehrheit besitzt. Sein Ausscheiden allerdings würde wahrscheinlich den Staat in eine ernste neue Legitimitätskrise stürzen, der man wieder nur mit Gewalt Herr werden könnte.

Diesen revolutionären Erfolgen steht ein entscheidender Mangel gegenüber: Es ist Castro und seinen Mitstreitern nicht gelungen, die *wirtschaftliche Abhängigkeit* der Zuckerinsel zu durchbrechen, also die *Dependenzkrise* zu lösen. Kuba hat sich zwar aus der weitgehenden wirtschaftlichen Bevormundung durch die Vereinigten Staaten gelöst, sich dafür aber wirtschaftlich und politisch ganz in den direkten Einflussbereich der Sowjetunion begeben. Castro hat sich lange Zeit mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diese Entwicklung gesträubt; er hat versucht, mit den Chinesen anzubändeln, er unternahm alles, um die Revolution auf den südamerikanischen Kontinent

zu tragen, um seine Unabhängigkeit zu beweisen und zu festigen, und er hat schliesslich in einem letzten, man muss sagen verzweifelten Aufbäumen sämtliche verfügbaren Arbeitskräfte in die gewaltige Anstrengung der «*gran zafra*», der grossen Zuckerernte von 1970, geworfen in der Hoffnung, sich mit dem Devisenerlös bis zu einem gewissen Mass von den Russen loskaufen zu können und einen Teil seiner schon damals beträchtlichen Schulden zurückzuzahlen. Er scheiterte.

Seit diesem für die Entwicklung Kubas absolut entscheidenden Jahr 1970 hat sich auf der Insel eine klare Institutionalisierung der Armee, der Gewerkschaften, der politischen Organe nach sowjetischem Muster durchgesetzt. Man darf behaupten, dass Kuba erst nach diesem Datum zu einem *eindeutigen Satelliten* Moskaus geworden ist und dass beispielsweise erst die seither durchgeführte Neuorganisation der Streitkräfte mit Hilfe sowjetischer Berater und Waffen und die ihr zugrundeliegenden Prozesse des strategischen und politischen Umdenkens den Angola-Feldzug ermöglicht haben. Am intensiv vorbereiteten ersten Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas Ende 1975 wurde eine neue Verfassung verabschiedet. In ihr mündet die lange Geschichte revolutionärer Improvisation in einen Einheits- und Planungsstaat nach sozialistischem Muster. Zum obersten Ziel des Staates und der Politik wurde die Verwirklichung einer «Diktatur des Proletariats» proklamiert, Kuba in die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten unter Moskauer Kontrolle eingegliedert und sein «Individualismus» der «internationalen sozialistischen Solidarität» untergeordnet (und damit beispielsweise die Intervention in Afrika geradezu verfassungstechnisch abgesichert). Castro selbst übte in seiner Monsterrede vor dem Kongress heftige *Selbstkritik*. Er geisselte begangene «idealistische» Irrtümer, überging in auffallender Weise die Geschichte seiner Guerillabewegung in der Sierra Maestra und hielt sich dafür um so ausführlicher bei der pragmatischen Phase der Institutionalisierung der Politik auf. Er tat einen Kniefall vor dem steinernen Kodex der von Moskau erlassenen Verhaltensregeln.

Wirtschaftliche Zwänge

Die Geschichte der kubanischen Revolution von der Landung des Schiffes «Granma», das Castro und seine Getreuen von Mexiko nach Kuba brachte, bis zum Parteikongress und dem Beginn der Intervention in Angola Ende 1975 kann als Geschichte des romantisch verbrämten Aufstandes einiger typisch lateinamerikanischer Idealisten interpretiert werden, die sich nach dem Sieg ihrer Bewegung teils sehenden Auges, teils ohne klare Erkenntnis der von ihnen ausgelösten Machtspiele in den *Krallen einer Grossmacht* verfingen. Gründe der «Niederlage» sind ihre weltpolitische Unerfahrenheit, ihre ideologische Unbestimmtheit und ihr wirtschaftlicher Dilettantismus, aber auch eine Machtkonstellation und eine Weltwirtschaft, die sich ihrer Einflussnahme entzog. Mögen anfangs die politischen *Mechanismen der Grossmachtkonkurrenz* (1959 war der kalte Krieg noch nicht überwunden) den Ausschlag für die Verstrickung in neue Abhängigkeiten gegeben haben, so war es in der Folge vor allem die zu Zeiten gro-

teske Fehleinschätzung und Missachtung ökonomischer Gesetze durch die kubanischen Verantwortlichen selbst, die der Sowjetunion die ständige Verstärkung ihres Einflusses über die Zukkerinsel ermöglichte. Ohne Kenntnis der wirtschaftlichen Entwicklung lässt sich Castros Weg aus der Sierra Maestra nach Angola nicht ganz verstehen.

Wenn Kuba heute so weit ist, dass es die wichtigsten materiellen Bedürfnisse aller seiner Bürger einigermassen befriedigen kann, so hängt das sicher auch mit der revolutionären Moral seiner Führung zusammen. Doch die Lösung der Verteilungskrise in einem für Lateinamerika einzigartigen Ausmass war nur möglich, weil nach den ersten ökonomischen Fehlschlägen überhaupt noch etwas zu verteilen da war. Kuba wies schon vor der Revolution Standards auf, die deutlich *über dem lateinamerikanischen Durchschnitt* lagen, was von den Apologeten der Revolution gerne verschwiegen wird. Das Prokopfeinkommen war eines der höchsten, die Analphabetenrate die niedrigste aller Länder südlich des Rio Grande. Die Infrastruktur war ziemlich hoch entwickelt, die Gesellschaftsstruktur einigermassen homogen. Die eigentliche Wirtschafts- und Sozialkrise ergab sich zum einen aus der *Zuckermonokultur*, die unter anderem eine saisonale Beschränkung der Arbeitsmöglichkeiten und eine völlig unkontrollierbare Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen zur Folge hatte. Zweites Krisenmerkmal war die *Agrarstruktur* als solche: rund 8 Prozent aller Landbesitzer verfügten über etwa 70 Prozent der bebaubaren Fläche, während sich 40 Prozent der Bauern mit etwas mehr als 3 Prozent des Bodens begnügen mussten. Praktisch die gesamte Produktion, alle Banken und das Tourismusgeschäft befanden sich in den Händen von Nordamerikanern oder wurden mindestens von diesen kontrolliert.

Erste Massnahme der siegreichen Revolution ist die *Landreform* von 1959, die allen Grundbesitz über 400 Hektar in staatliche Hände überführt. (Später folgen weitere Verstaatlichungen von Land, und heute gibt es nur noch sehr wenige private Grundeigentümer). Die Nationalisierung der Zuckerfabriken führt dann zum Konflikt mit den USA. 1960 springt die Sowjetunion als Erdöllieferant ein, aber die kubanisch-amerikanischen Firmen Shell, Esso und Texaco weigern sich, russisches Erdöl zu raffinieren; kurzerhand werden sie von Castro enteignet. Nach und nach werden, immer noch 1960, praktisch sämtliche Industrien, der Handel, der Energie- und Transportsektor auf der Insel in staatliche Kontrolle übergeführt und damit weitere amerikanische Interessen empfindlich getroffen. Die USA verfügen am 20. Oktober 1960 ein *totales Wirtschaftsembargo* gegen das kubanische Regime, und wenige Wochen später werden auch die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Das ist bis heute so geblieben: Die Amerikaner reklamieren Entschädigungen von insgesamt rund 1,8 Milliarden Dollar, und Castro will Normalisierungsgespräche erst aufnehmen, wenn Washington darauf verzichtet, weil er auf dem Standpunkt steht, die Intervention in der Schweinebucht von 1961 und die Wirtschaftsblockade habe ihn in mindestens ebensolcher Höhe geschädigt.

Nach 1961 wurden immer zahlreichere Abkommen mit der UdSSR geschlossen. Im Innern versucht man, mit einseitigen und überstürzten *Industrialisierungsmassnahmen* aus der Abhängig-

keit vom Zucker auszubrechen. Weil aber dadurch die Landwirtschaft sträflich vernachlässigt wird, geht die Produktion des Hauptexportgutes schlagartig zurück, und logischerweise bleiben die dringend benötigten Deviseneinnahmen aus. Das Ruder wird herumgeworfen – und wiederum ist es die Sowjetunion, auf deren technische und finanzielle Hilfe die verfuhrwerkte Inselökonomie angewiesen ist. Ein langfristiges Handelsabkommen garantiert vor allem den Zuckerabsatz zu höheren als den damaligen Weltmarktpreisen. Wirtschaftsminister Ernesto Guevara sorgte in diesen Jahren für ein weiteres, wenn man so will *idealistisches Experiment:* Alle materiellen Anreize, etwa höhere Bezahlung für Überstunden und ähnliches, sollten abgeschafft werden; die Revolution werde einen «neuen Menschen» hervorbringen, der allein aus Überzeugung und moralischer Einsicht in die Bedürfnisse der Gesamtgesellschaft zu Sonderanstrengungen bereit wäre. Arbeitsdisziplin und Einsatzwille litten unter diesem Konzept bedenklich, und die Wirtschaftsführer sahen sich mit sinkenden Produktionsziffern konfrontiert. Als Gesamteindruck ergibt sich, dass die Jahre vor 1970 mehr von «Romantik» als von wirtschaftlichem Realismus geprägt waren, und eigentlich ist es erstaunlich, mit welcher Geduld die sowjetischen Geldgeber die chaotische Entwicklung immer wieder auffangen halfen.

Doch die Kremlherren kalkulierten *auf lange Frist.* Sie halfen Kuba immer wieder aus der Patsche und banden es gleichzeitig immer stärker an sich. Fidel Castro war beinahe der einzige, der die wachsende Abhängigkeit mit Besorgnis betrachtete. Er machte einige Versuche, ihr zu entgehen oder sie wenigstens durch Verbindungen mit anderen Partnern etwas auszubalancieren. Er suchte Hilfe in Peking – abgesehen von kleineren Abkommen und rhetorischen Bekundungen vergebens. Auch die von ihm aufgezogenen Revolutionsunternehmungen auf dem südamerikanischen Kontinent waren interessanterweise zum Teil wirtschaftlich motiviert. Kuba, so argumentierte Castro, könnte bei einer revolutionären Veränderung auf dem Kontinent neue Freunde finden und aufgrund der mit ihnen spielenden Solidarität seine wirtschaftlichen Beziehungen diversifizieren. Dem Líder máximo mag so etwas wie ein *Block der Unterentwickelten* vorgeschwebt haben, der vereint sowohl die USA wie die Sowjetunion zu besseren «terms of trade» veranlassen sollte.

Die Antwort Moskaus auf solche Ausbruchsversuche war massiv; sie bestand in wirtschaftlicher Erpressung grossen Stils: Lieferungen lebenswichtiger Güter wurden eingestellt, zeitweise der Erdölhahn zugedreht. Fidels Reaktion fiel echt revolutionär aus. Er rationierte das Benzin auf der Insel und erklärte dem kubanischen Volk, dass es seine Würde verbiete, weitere Hilfe von der Sowjetunion anzunehmen. Gleichzeitig begann eine grossangelegte Kampagne zur Vorbereitung der gigantischen Anstrengung, die Kuba ein für allemal aus der Umarmung des grossen Bruders befreien sollte: die «*gran zafra*» von 1970. Eine Verdoppelung der Zukkerernte von durchschnittlich fünf auf zehn Millionen Tonnen sollte den Sprung in die finanzielle Unabhängigkeit ermöglichen. Im Oktober 1969 beginnt das aller wirtschaftlichen Vernunft widersprechende Grossmanöver unter Beteiligung der letzten verfügbaren Arbeitskraft. Das Ergebnis ist be-

kannt: *8,5 Millionen Tonnen Zucker* werden geerntet, mehr als jemals zuvor und als je wieder nachher. Doch für Castro ist das zuwenig; in einer grossen Rede vor zwei Millionen Mitbürgern auf dem Platz der Revolution gesteht er in seiner wahrscheinlich eindrücklichsten Rede seine Niederlage ein.

Der Rest ist Resignation – oder Einsicht in die fehlenden Möglichkeiten. Noch 1970 wird ein gemeinsamer sowjetisch-kubanischer Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Planung ins Leben gerufen. 1972 bringt ein Abkommen über die zinslose Stundung der damals auf 4,5 Milliarden Dollar aufgelaufenen Schulden bis 1986 und den *Beitritt zum Comecon;* 1976 ergibt sich daraus die volle Integrierung in den osteuropäischen Wirtschaftsblock auf der Grundlage eines zusammen mit Moskauer Experten ausgearbeiteten *Fünfjahrplanes* für 1976 bis 1980. Die kubanische Wirtschaft erholte sich seither zusehends. Das Bruttosozialprodukt wächst 1971 um 4,1 Prozent, 1972 um 9 Prozent und 1973 um 13 Prozent, die Rationierung wichtiger Konsumgüter kann schrittweise aufgehoben werden (erst die Kosten des Angolaabenteuers bringen wieder einen Rückschlag), Basisindustrien und Nicht-Zucker-Agrarproduktion nehmen einen beträchtlichen Aufschwung, die Zementherstellung auf der Insel verdoppelt sich zwischen 1968 und 1973, was auf eine beachtliche Tätigkeit im Wohnbausektor schliessen lässt (was sich einem Besucher der Insel auch augenfällig bestätigt). 1974 ergibt sich erstmals seit 1955 ein Plus in der Handelsbilanz, das auch auf einen gewichtigen Ausbau des Westhandels zurückgeht. Man kann von einem eigentlichen Boom sprechen.

Lateinische Vorbehalte

Die wirtschaftliche Gesundung ist erkauft worden mit der – auf dem Papier der neuen Verfassung – vollständigen Gleichschaltung Kubas. Doch man sollte sich hüten, daraus eine totale Unterwerfung Castros unter ein Moskauer Diktat abzuleiten. Castro mag zwar eingesehen haben, dass seine Insel ohne Rubelspritzen wirtschaftlich vorläufig nicht lebensfähig ist; er hat sich deshalb zu den nötigen Konzessionen bereitgefunden. Dass er aber aus ökonomischer Notwendigkeit zum strammen Kaderkommunisten geworden wäre, darf Moskau nicht zu sicher in seine Rechnung einbeziehen. Die ganze Geschichte der kubanischen Revolution lehrt, dass die Ideologie des karibischen Caudillo mehr in einem individualistischen Idealismus hispanisch-lateinamerikanischer Prägung wurzelt als in einem sozialistischen Dogmatismus. Auch die Intervention in Angola und die Stellung von Beratern und Technikern an andere afrikanische Länder beweist nicht, dass der kubanische Führer zum willfährigen Instrument des sowjetischen Imperialismus geworden ist. Man müsste da schon zuerst genauer untersuchen (doch dazu fehlt vorläufig das nötige Hintergrundmaterial), ob die kubanische Hilfe an Afrika nach genauen Moskauer Richtlinien auf eine klare materielle und ideologische Dependenz der Empfänger von der Kremlzentrale abzielt oder ob nicht vielmehr die Arbeit der Kubaner in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht im nachkolonialen Afrika Spielräume eröffnet, die eher einer neuen Art von Dritte-Welt-Sozialismus Entwicklungsmöglichkeiten erschliessen.

Denn auch Kuba ist bei weitem

noch nicht «sowjetisiert». Im Bereich der Landwirtschaft und der Erziehung beispielsweise sind Strukturen aufgebaut worden, die mehr an chinesische oder generell populistische als an sowjetrussische Modelle gemahnen. Zwar ist die kommunistische Partei durch die Verfassung zur staatstragenden Organisation erklärt worden, aber die wirkliche Macht auf der Insel liegt nach wie vor beim Militär und, wenn man die politische und praktische Kontrolle im Alltag näher betrachtet, bei den von Castro nach absolut persönlichen Vorstellungen entwickelten Komitees zur Verteidigung der Revolution (die mehr als vier Millionen Kubaner umfassen, während die KP ungefähr 200000 Mitglieder zählt). Die Komitees sind eigenständige Nachbarschaftsräte, die der sozialen Hilfe und der Beratung in allen Fragen des Alltagslebens ebenso dienen wie der totalen Überwachung des Bürgers durch den Staat. Sie ermöglichen dem Caudillo den direkten «Dialog» mit seinem Volk unter Umgehung der Parteikader. Der kubanische Sozialismus ist heute immer noch eine *castristische* und keine sowjetische Bewegung. Doch Castro musste als Preis für seine Revolution dem Geldgeber im Kreml nebst eindeutigen wirtschaftlichen Einflussmöglichkeiten die Errichtung auch politischer Instrumente zugestehen, die, wenn es einmal den ungebärdigen und auf seine Eigenständigkeit bedachten Caudillo nicht mehr gibt, Moskau die Entfaltung seiner ganzen Machtmittel auf der Insel mindestens in Aussicht stellen. Noch ist es nicht so weit, und noch wird sich Castro Chancen ausrechnen, beispielsweise mit einer zwar noch in einiger Ferne liegenden, aber durchaus nicht auszuschliessenden *Versöhnung mit den Vereinigten Staaten*, mit denen er soeben eine erste «technische» Vereinbarung abgeschlossen hat, neue Trümpfe für seine auf- und abwogende Auseinandersetzung mit der Sowjetunion gewinnen zu können. Die Rechnung, die Moskau gestellt hat, ist hoch; aber nichts in der Politik ist endgültig, besonders nicht in der lateinamerikanischen Politik.

Christoph Mühlemann

BRIEF AUS DEM COLLEGE

Die grosse Aufregung seit Monaten: das benachbarte Haverfordcollege will Mädchen aufnehmen, um die Schwierigkeit besser zu meistern, weiterhin genug hochqualifizierte Schüler finden zu können. Kluge junge Männer scheinen in den Jahren nach dem Pillenknick rar zu werden. Damit würde Bryn Mawr in ein Konkurrenzverhältnis bei den Anwerbungen gezwungen, und die ideale Zusammenarbeit der beiden kleinen Schulen würde in Frage gestellt. Nach unzähligen Sitzungen der ganzen Dozentenschaft, der Spezialkomitees, der beiden Präsidenten, Dekane, Aufsichtsbehörden kommt man schliesslich zu einem Kompromiss: Haverford wird zwar nicht fürs erste Jahr, doch später aus andern Colleges übertretende Mädchen aufnehmen. Das wird von der *New York Times* in einer kurzen Reportage als ein Sieg für Bryn Mawr interpre-

tiert. Vorher hatte der *Philadelphia Inquirer* unter dem Titel «A Main Line Marriage is breaking up» (10. Oktober 1976) mit viel Ironie die Scheidung dieses wohlsituierten, vielgerühmten, privilegierten Paares – es hat seinen Wohnsitz zu allem Überfluss im Dorado der reichen Gebildeten – glossiert, und zwar unter einem geschickt montierten Photo, dem Bild von zwei jungen, in ihre Lektüre vertieften Leuten in einem geschmackvoll ausgestatteten Wohnzimmer. Ihr Kopf liegt auf seinem Schoss.

Wie's weiter geht, weiss im Moment kein Mensch. Auch nach dem provokanten Rücktritt des Präsidenten von Haverford nicht. John R. Coleman hatte sich entschieden für Koedukation eingesetzt und die Kompromisslösung als unannehmbar empfunden. Er ist mehr als andere Akademiker an die Öffentlichkeit getreten, hat seine Gegnerschaft gegen den Vietnamkrieg an Protestversammlungen lauthals verkündet, hat verschiedene Bücher geschrieben, zuletzt den Bericht von seiner Tätigkeit als Hilfsarbeiter, Küchenfaktotum und Abfuhrmann *Blue-Collar Journal: A College President's Sabbatical* (1974). Während seines Urlaubs wollte er, statt sich mit Büchern herumzuschlagen, einfache Arbeit verrichten lernen. Statt ein weiteres Buch über Collegeprobleme von der Warte des Haverford-Elfenbeinturmes aus zu schreiben, wollte er sich wieder in die «blue-collar-world» begeben, die er schon früher kennengelernt hatte. Böse Zungen im strengeren Bryn Mawr sagen, hinter allem stecke Publizitätssucht; man glaubt ja hier eher an die reinen Sphären der Gelehrtenrepublik. (Eine witzige Glosse auf diese Makellosigkeit erschien in einer der letzten Nummern der College-News; unsere von allen verehrte Dean unterhält sich mit einem Psychiater, wie sie wohl ihre Fehlerlosigkeit loswerden könnte. Eine Woche später erscheint dann ihre geistreiche Antwort in Gedichtform.)

Das Buch von Herrn Coleman ist so belehrend, unterhaltsam und witzig geschrieben, dass man es jedem Schulleiter (aller Stufen) selbst in helvetischen Gauen zur Lektüre empfehlen kann. Er schreibt zum Beispiel, wie er als Küchengehilfe fristlos entlassen wurde, weil der Chef seine Ungeeignetheit rasch entdeckt habe; oder, wie er bei der Arbeit im Abwässerwesen eine ganz andere Sprache habe lernen müssen; ohne die Anwendung gewisser Kraftausdrücke wie «motherfucker» sei er einfach nicht verstanden worden. Das College und seinen Beruf sieht er jetzt natürlich mit ganz anderen Augen: «Organisation charts show the president of a college on top, just a step below the financial angels. In actuality, a president is at the center of a web of conflicting interest groups, none of which can ever be fully satisfied. He is, by definition, almost always wrong. If he spends much time meeting with students, he is neglecting the faculty. If he spends much time with the faculty, he is being dictated by them. ... If he changes his mind on an issue, he is whishy-washy. If he doesn't, he is pigheaded. If his name isn't in the paper, he is letting the school down. If it is, he is a publicity hound» (siehe meine obige Bemerkung). Er korrigiert die romantischen Vorstellungen vieler Akademiker, das «einfache Leben» sei idyllisch.

Die für einen Fremden naheliegende Lösung des Bryn-Mawr-Haverford-Problems, die beiden kleinen Colleges teilweise zusammenzulegen, zum Bei-

spiel Mathematik, Spanisch oder Deutsch nur an einem der beiden Colleges zu unterrichten, wie es schon für Russisch praktiziert wird, und die Werbetrommel von einem Ort zu rühren, ist wohl vorläufig kaum durchführbar, weil in amerikanischen Privatschulen die Unterstützung durch die Ehemaligen eine Riesenrolle spielt. Dutzende von Ehemaligen betteln (ehrenamtlich) für uns, Dutzende für Haverford. Und die Spenden würden gewiss für ein im Konkubinat lebendes Paar spärlicher fliessen.

Die Anhänglichkeit an die jeweilige pädagogische Provinz, auch wenn sie über keine eigene Fussballmannschaft verfügt, ist für ausländische Betrachter ausserordentlich eindrücklich. Das College ist nicht nur eine Stätte grossen finanziellen Engagements, sondern für viele auch des Jugendglücks. Die Graduierten fühlen sich offenbar als wirkliche Töchter und Söhne einer Alma Mater; Traditionsbewusstsein und Dankbarkeit für das Gelernte sind gross.

Im persönlich-familiären Bereich dagegen scheint der Sinn für das Ererbte weniger entwickelt, wie mein Kollege aus Kalifornien einmal meint. Ich bin beiläufig auf europäische Erbschaftsprobleme, die mit Bodenbesitz und Geld zusammenhängen, zu sprechen gekommen; er sagt, dass solche Fragen seines Erachtens für Amerikaner weniger relevant seien; hier sei alles zu sehr im Fluss, als dass man sich um übernommene materielle Werte lange streiten könnte. Andersherum, aus dem klareren Blick Golo Manns, das heisst den in der Neuen Rundschau (1976/3) publizierten *Amerikanischen Erinnerungen:* «Eine stärkere Rolle, als gemeinhin bekannt ist, weil es zu den Klischeebildern nicht passt, spielte jederzeit die Tradition innerhalb einer Familie. Die Amerikaner sind Ahnenforscher; sie interessieren sich für ihre Vorfahren und besonders jene, die noch in the old country lebten, für die, die zuerst herüberkamen. Es gab, und gibt noch immer, die alten Familien, besonders im Osten ... Nur werden hier nicht Privilegien geerbt, wie das bei uns in alten Zeiten der Fall war. Geerbt wird gar nichts, ausser einer Verpflichtung, wenn man den Ehrgeiz hat, sie zu erfüllen; jeder Träger eines guten Namens muss sich bewähren als er selber und muss von vorn anfangen. Allenfalls wird ihm der Anfang eine Spur leichter. Solche Familientraditionen widersprechen unserem Begriff von geschichtsloser Demokratie; aber ich halte sie für sehr wichtig und notwendig, obgleich man darüber kaum spricht.»

Im College gibt ferner die Frage der Studentenvertretung einiges zu reden. In Haverford sitzen sowohl in Komitees wie in den Vollversammlungen der Dozenten einige Studenten. Hier in Bryn Mawr, wo die Graduateabteilung die Sache kompliziert, ist nun eben eine Petition der altbewährten «Student Self Government Association» von uns abgelehnt worden, obgleich sie vor versammelter Professorenschaft von den jungen Leuten glänzend vertreten wurde. Man fürchtete anscheinend, dass durch Mitbeteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Studenten unsere Körperschaft, die früher etwa einem europäischen Senat entsprach – seit einiger Zeit sind auch Parttime-lecturer dabei –, in ihren Beschlüssen zu unselbständig werden könnte. Denn auch andere Gruppen wie Bibliothekare, Turnlehrer, Administrationsleute bitten um Mitbe-

teiligung. In der langen und interessanten Diskussion wird unter anderem von der Autonomie gewisser Provinzen gesprochen. Ist nicht auch die Studentenverwaltung froh, wenn sie manchmal, ohne Beeinflussung durch Lehrer, gleichsam unter sich bleiben kann? Die Befürchtungen vor allzu chaotischen Vermischungstendenzen werden, das sei betont, auch von sehr fortschrittlich Gesinnten geäussert. Es ergibt sich dann beinahe ein Konsensus: Mitbeteiligung und Mitbestimmung in Komitees sei gut, bei der Fakultätsversammlung und beim Appointmentscommittee (dort werden Anstellungsfragen entschieden) würde es zu weit gehen. Bryn Mawr, das eines der ältesten Studentenregierungssysteme Amerikas hat und in mancherlei Beziehung als progressiv gelten kann, hat also vorläufig zurückhaltend reagiert, was natürlich nicht von jedermann in der Umgebung verstanden wird. Ein Spezialkomitee wird die Frage, ob gewisse Gremien weiterhin autonom bleiben sollten, im grösseren Zusammenhang untersuchen.

In der Ausschreibung für eine neue Stelle in der deutschen Abteilung, um die sich, nebenbei bemerkt, mehr als hundert gut qualifizierte Kandidaten bewerben, obgleich es sich um keine vielversprechende Position handelt, ist wie auch in analogen Fällen zu lesen: «Bryn Mawr College is an Equal Opportunity/Affirmative Action Employer.» Unter dem ersten Begriff kann man sich leicht etwas vorstellen: Wir dürfen nicht einen Weissen oder Schwarzen als Kollegen wünschen oder einen Mann gegenüber einer Frau bevorzugen. Den zweiten Ausdruck verstehe ich schlechter und misstraue offen gestanden der Wortkombination. Auch die meisten meiner amerikanischen Bekannten können sich nichts Genaues unter dem oft zitierten Ausdruck vorstellen. Einmal heisst es, man müsse einfach jede Bewerbung freundlich beantworten, das andere Mal, man müsse immer positiv reagieren, von welcher Minoritätengruppe die Bewerbung auch komme. Schliesslich wird mir Einblick in die *Higher Education Guidelines, Executive Order 11246* des Office for Civil Rights in Washington gewährt. Da heisst es unter anderem: «The affirmative action requirements ... were designed to further employment opportunity for women and minorities. Minorities are defined by the Department of Labor as Negroes, Spanish-surnamed, American Indians, and Orientals.» Ein Italiener oder Appenzeller könnte sich also nicht auf dieses «Privileg» berufen. In einem späteren Abschnitt lesen wir sodann: «In the academic area, the informality of word-of-mouth recruiting and its reliance on factors outside the knowledge or control of the university makes the method particularly susceptible to abuse», denn Frauen und Minoritäten seien oft nicht in den mündlichen Informationskanälen.

In Reglementen der Steuerbehörde, wo die Steuererleichterungen von Privatschulen umschrieben werden, wird «Affirmative Action» ebenfalls vorausgesetzt. Reitet da der Amtsschimmel seine Volten? Werden gutgemeinte Ideale durch seltsam klingende Verordnungen ad absurdum geführt? (Es beginnt sich in Amerika ja bereits eine kritische Reaktion auf die Equal Rights Ideale abzuzeichnen, weil man merkt, dass sie hie und da im Sinne einer Bevorzugung der Minoritäten ausgelegt wurden.) Oder steckt hinter all den Pa-

ragraphen doch das verehrungswürdige Credo der Amerikaner, jedermann müssten alle Türen offen stehen? «Give him a chance» tönt gewiss menschlicher als «Affirmative Action».

Hans Bänziger

HESSE ALS LITERATURKRITIKER – DIE LITERATURKRITIK UND HESSE

Internationales Symposion zum 100. Geburtstag des Dichters im Deutschen Literaturarchiv Marbach am Neckar

Nach den ersten Referaten atmete man auf: also kein Weihrauch, keine Gemeinde-Andacht; statt dessen Analysen von Fakten, von Zusammenhängen und Voraussetzungen der Rezeption – etwa in den USA und Japan –, Überlegungen zur Alters- und Sozialstruktur der Leser und Bemerkungen zu Titeln, die auf die Lehrpläne der Universitäten und Schulen gelangt sind. Der Anteil der Hesse-Literatur an der allgemeinen Integration ausländischer Belletristik, die Qualität der Übersetzungen und die Entwicklungsbedingungen der Auflagen gaben mehr und griffigeren Gesprächsstoff als neuerliche Interpretationen es vermocht hätten.

Bestandsaufnahmen also zunächst – historisch und soziologisch unterbaut und auf das Gesamtphänomen Hesse hin gedeutet: Hesse in der UdSSR, Korea, Indien, der DDR und der Bundesrepublik. Die Hesse-Stiftung hatte kompetente Referenten beigebracht – ein anderer Grund der Erleichterung. Die Nicht-Deutschen waren zwanzig Jahre jünger als die Einheimischen; spiegelt sich darin das Echo in Deutschland wider? Doch wohl, und die schwankende Einschätzung im Geburtsland war der Aspekt, auf den hin argumentiert und verglichen wurde. Ist Hesse «eine typisch deutsche Sache», die Gottfried Benn hinter die Vorzeige-Bücher gestellt wissen wollte? Aber was fasziniert dann die jungen Amerikaner und Japaner so sehr, dass sie jährlich Millionen dieser Sache kaufen? Warum gilt Hesse auf Taiwan als *der* Repräsentant moderner europäischer Literatur, während man sich auf dem chinesischen Festland mit einigen übersetzten Gedichten begnügt? Und wer hat die Legende genährt, «*Siddhartha*» gehe in Indien als Selbstdarstellung der Intellektuellen von Hand zu Hand? Auch hier die Kontrolle: die Auflagen im Verhältnis zur lesenden Bevölkerung, zum anerzogenen Lesebedürfnis in einer Kultur, die der literarischen Repräsentation nicht bedarf.

Die Bestandsaufnahmen gaben der Diskussion Boden, und der Verlag wird sie für sein Marketing benützen, wenn er auch Gründe nennen kann, die gegen eine gemachte Rezeption sprechen. Doch davon abgesehen: zu welchen deutschen Autoren der Gegenwart liesse sich eine ähnlich internationale Garde von Gelehrten, Kritikern und Liebhabern zusammenbringen, und wo wäre der Komplex auch nur annähernd so vielschichtig? Allenfalls bei Böll, Grass, Handke oder Brecht.

Absichtlich oder nicht – das Hesse-Symposion kam der Verlagsstrategie zugute; sie läuft auch darauf hinaus, einen Autor zu präsentieren, an dem die Diskrepanz zwischen der Missachtung durch den akademischen oder etablierten Literaturbetrieb und dem frappanten Leserbedürfnis diskutiert werden kann.

Die Kritik war freilich auch Hesses Metier; er hat es mit stupendem Fleiss und erstaunlich sicherem Urteil ein halbes Jahrhundert lang betrieben und die Literatur der Welt gesichtet – «charakterisiert» in Friedrich Schlegels Sinn. Dass er Kafka um 1917 schon empfahl, dass er nach 1933 in Deutschland mundtot gemachte Kollegen vorzustellen wagte, nahmen die Nazis ihm übel. Literaturkritik als Zeitkritik, Hesses Musikkritik, die Buchbesprechungen als ein Niederschlag von Ästhetik und Geschichtlichkeit, seine Beziehung zu China, zu Frankreich, zum Expressionismus erwiesen sich als anspruchsvolle und ergiebige Gegenstände; sie werden noch weit mehr abgeben, wenn wenigstens der grössere Teil der Rezensionen (die nach Tausenden zählen) vorliegt.

Die Erschliessung des kritischen und des brieflichen Nachlasses ist – neben dem Neudruck der Werke, der Förderung von Übersetzungen und der Zulieferung von Materialien – eine Marschsäule der Verlagsstrategie. Mehr als die ästhetisch-kritischen Schriften könnten die politischen und zeitgeschichtlichen Aufsätze überraschen; sie wurden immer wieder apostrophiert, aber noch fehlt das Material. Immerhin konnte der «*Steppenwolf*» auf diesem Hintergrund analysiert und der Aura eines bürgerlich – antibürgerlichen Seelendiagramms oder der Anweisung zum Heroin-Trip entledigt werden.

Ob Hesse jetzt schon oder mindestens dann, wenn die andere, kritische Werkhälfte gelesen werden kann, auch von den Gebildeten unter seinen Verächtern akzeptiert werden wird? In Marbach fehlten sie. Aber vor der Gemeindebildung brauchte kaum gewarnt zu werden. Und dennoch forderte das Schlussreferat aufmerksame Distanz zur «Minutenlektüre», die für den eiligen, literarischen Trost – statt Drogen – inhalierenden Konsumenten bestimmt sei. Die Warnung war berechtigt und griff zugleich zu kurz: Hesse hat jedem seiner zahllosen Korrespondenten abgeraten, Harry Haller oder Goldmund zu spielen; und wer den Autor zum Beichtvater haben wollte, kam nicht an. Aber ebenso entschieden reagierte Hesse darauf, dass sein persönliches, öffentliches Beispiel, das er gegen den Chauvinismus oder den Nationalsozialismus ablegte, übersehen und in seiner Bedeutung für die Gesellschaft nicht anerkannt wurde.

Um diese Ambivalenz drehte sich manches Gespräch auch in Marbach. Sie kann verwirren und ist kaum nachzuahmen; sie kann nur die eigene Entscheidung anregen oder vorbereiten. Mit vitalistischem Dezisionismus ist niemandem geholfen. Aber wenn derart konstruierte Figuren als Teile der literarischen Gegenwelt verstanden werden, wird die Distanz fruchtbar.

Das ist – was Hesse betrifft – bei dem Marbacher Symposion zutage getreten und wohl auch praktiziert worden; eine intellektuellere Rezeption scheint sich anzubahnen. Auch die Hermann-Hesse-Stiftung, das Deutsche Literaturarchiv und der Suhrkamp-Verlag haben ihren Anteil daran.

Bernhard Gajek